Aktz.: 10 61 01 / 2 Rathaussanierung

PROTOKOLL

Rathaussanierung
Projekt

4. Sitzung des Beirates zur Rathaussanierung
Thema

Stadthaus Große Bleiche, Zimmer 5.042/Marc Chagall	30.01.2020, 16:30 Uhr
Gesprächsort	Datum

Herr Oberbürgermeister Ebling, Herr Bürgermeister a.D. Schüler, Herr Graffé (Rathausbeauftragter des Oberbürgermeisters), Frau Dr. Kaiser (Generaldirektion Kulturelles Erbe), Herr Dr. Dietz-Lenssen (Fraktion der SPD), Herr Neger (Fraktion der CDU), Frau Werner (PIRATEN&VOLT), Herr Strokowsky (Fraktion der FDP), Frau Ammann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Dang (Architektenkammer Rheinland-Pfalz), Herr Lindlar (Büro für Restaurierungsberatung Götz-Lindlar), Herr Feldhaus (Restaurierungsatelier „Die Schmiede" GmbH), Herr Dr. Nixdorf, Herr Igel (beide agn Niederberg & Partner GmbH), Herr Grund, Herr Weinert (beide Amt 80), Herr Oldenstein (Amt 10), Frau Appel (Amt 14)
Gesprächsteilnehmer

Herr Oberbürgermeister Ebling begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur 4. Sitzung des Beirates zur Rathaussanierung und gibt einen kurzen Rückblick über die vergangenen Monate, in welchen umfangreiche Arbeiten innerhalb des Projektes stattfanden, wie beispielsweise der Umzug der Belegschaft in das Stadthaus Große Bleiche. Er teilt mit, dass die Zyklen dieser Beiratssitzungen öfter werden, da die bauantragsrelevanten Planungen im Verlauf des Jahres in die Endphase gehen werden. Des Weiteren bittet er um Verständnis, dass die heutige Beiratssitzung zur selben Zeit stattfinden muss wie andere Ausschüsse. Der Kalender ließ leider keine andere Terminierung zu, wird aber in Zukunft vermieden werden und bittet um Verständnis der Fraktionsmitglieder. Er gibt bekannt, dass sich Herr Metz (GDKE) urlaubsbedingt, sowie Hr. Dr. Huck (Bündnis 90/Die Grünen) aufgrund der Teilnahme am gleichzeitig stattfindenden Bauausschuss, entschuldigt hat. Für die heutige Sitzung sehe er 2 Stunden vor. Es werden einzelne Berichte vorgetragen, zwischen denen Fragen gestellt werden können. Er gibt sodann das Wort an den ersten Vortragenden Herrn Igel vom generalplanerischen Architekturbüro agn weiter.

1. Überblick über den aktuellen Planungsstand, Vortrag agn, Herr Igel (siehe Anlage Nummer 1)

Rathaustreppe (Folien 2.01 bis 2.07):
Das Rathaus verfügt derzeit nicht über eine barrierefreie Erschließung der Publikumsbereiche 2. UG bis 1. OG. Mit der neu geplanten Treppe an der Schnittstelle zwischen Rheinflügel und Ratssaalgebäude werden die öffentlichen zugänglichen Nutzungsbereiche zwischen 2. UG bis 1. OG verbunden. Die Erschließung erfolgt mittels neuen Aufzugs, welcher vom 2. UG bis auf das Dach geführt wird. Der Zugang kann unabhängig vom Rathausbetrieb, auch außerhalb der Öffnungszeiten stattfinden und elektronisch gesteuert werden. Durch die geplante Erschließung werden die heutigen baurechtlichen und bautechnischen Vorgaben und Ansprüche, vor allem für die barrierefreie Ausbildung von Rettungswegen und Treppen, umgesetzt.

Bürgerdach (Folien 6.01 bis 6.03):
Mit dem neu geplanten Bürgerdach soll eine für das Publikum zugängliche Aussichtsebene auf dem Dach des Rheinflügels hergestellt werden. Die Erschließung erfolgt über die Bürgertreppe im 1. UG, Erdgeschoss und 1. Obergeschoss durch Verlängerung des neuen Aufzugskerns. Das Bürgerdach stellt sich als holzgedeckte Terrassenebene dar. Die gelben Flächen stellen neue Nutzungsflächen dar. Auf dem Dach wird der Aufzug ein sichtbares Element werden, da er etwa 2,25 m über die Bestandsattika hinausragen wird. Wie sich das im Detail darstellen wird, d. h. wie die Gesamtsilhouette aussehen wird, müsse noch mit der Projektgruppe geprüft werden.

Technikaufbauten auf dem Dach (Folien 5.01 bis 5.04):
Im Rahmen der grundlegenden Erneuerung der Haustechnik werden neue Technikmodule auf dem Bestandsdach aufgestellt. Diese Erhöhungen werden auch Veränderungen der Bestandssilhouette ergeben. Es handelt sich dabei um Rückkühlwerke, Lüftungsschächte, etc., welche nicht verzichtbare Elemente auf der Dachfläche darstellen.

5. Obergeschoss (Folien 13.01 bis 13.07):
Es erfolgt eine Darstellung der Bestandssituation sowie der geplanten Grundrissanpassungen für Verkehrsflächen, welche in der Präsentation farblich gelb dargestellt werden. Die Idee hierbei sei, die bisher im 5. OG bestehende Kantine aufzugeben und stattdessen eine Bürozone vor dem Ausstellungsbereich zu gründen. Die Bereiche, die durch die Grundrissanpassung aufgegeben werden, sind bereits mit der oberen Denkmalpflegebehörde abgestimmt. Die vorhandenen Großräume (Nr. 1 auf Folie 13.02) werden zu Archivflächen mit den zugehörigen Büronutzungen gestaltet. Zum Innenhof entstehen Zellenbüros (Nr. 2 auf Folie 13.02). Die Situation der ehemaligen Kantine wird als moderner Coworking Space geplant. In den Verkehrsflächen sollen keine räumlichen grundlegenden Änderungen, sondern einfach eine Reihe von Arbeitsflächen verortet werden (Nr. 5).
Die zum Platz bzw. zu den Außenterrassen orientierten Nutzungsflächen werden als Besprechungszonen genutzt. Die Besprechungsräume werden durch Glastrennwände gegenüber den vorgelagerten Flurzonen abgegrenzt (Folie 13.04 zeigt die Bestandssituation/Bauzeitliche Fotografie, Folie 13.05 zeigt die neu geplanten Glastrennwände). Die ursprüngliche Flursicht soll bestehen bleiben. Des Weiteren sind neue Oberlichter für natürliche Belichtung zu generieren.

4. bis 2. OG (Folien 14.01 bis 14.08):
Es erfolgt eine Darstellung des Bestandsgrundrisses im 2. OG (Folie 14.01). Die farblich gelb markierten Flächen stellen die Grundrissanpassungen dar:

1= Bürobereich Multispace: Hier wird eine Änderung an der Erschließungssituation vorgenommen, um ein modernes Arbeiten zu ermöglichen.
2= Meetingpoint mit Ausblicksituation in den Innenhof: Die Wand zwischen Flur und Nutzungsraum wird entfernt, um eine natürliche Belichtung des Eckpunktes zu erreichen. Auf diese Art und Weise werde der dunkle Flur aufgebrochen und somit natürlich aufgehellt.
3= Coworking Space: Hier wird ein Raumzusammenhang erfolgen, der ein modernes Coworking Space ermöglichen soll.
4= Aufzug Bürgerdach: Ausführungen hierzu siehe „Bürgerdach"

Die Grundrissanpassungen sind mit dem Raum- und Funktionsprogramm abgestimmt. Die gelb markierten Wände werden im Rahmen der Sanierung weggenommen (Folie 14.02). Die blauen sowie lila markierten Bereiche dienen der Brandschutzplanung.

Die neue Mittelflurzone (Folie 14.03, Ausschnitt 2. OG) erfolgt ausschließlich im Flügel zur Straße „Am Rathaus". Die Flurerschließung wird in die Seitenzonen verlagert. Dies stellt den sogenannten Dreibund dar. Die Mittelflurzone soll für informelle Gespräche in Arbeitsplatznähe dienen. Eine genaue Detailausbildung soll im weiteren Entwurfsprozess erfolgen.

Zur Verdeutlichung erfolgt die Darstellung des Schnitts (Folie 14.04) eines Zweibunds (bauzeitliche Ursprungsplanung aus 1972). Zu sehen sind darauf der Flur, die Schrankwände mit Waschbecken, die normale Bürozone sowie die Außenwandebene mit Sonnenschutz.

Die Maßgabe des Denkmalschutzes lautet Erhaltung der ursprünglichen Doppeltüranlagen, welche hierzu ertüchtigt werden müssen. Das Bestandsraster (Folie 14.05, Bestand = schwarz, Neubauanteile =rot) wird genutzt, um Trennwände neu zu verorten. Die alten Konvektoren werden durch neue, niedrigere Konvektoren ersetzt (Folie 14.06., Schnitt Zweibund). Eine Darstellung des neu geplanten Dreibunds ist auf den Folien 14.07 und 14.08 zu sehen (gelb Linien = noch bestehende Flure und Wände, rot = Neuplanung).

Grundriss Erdgeschoss:
Es muss eine Zugänglichkeit durch eine neu geplante Treppe ins Bürgerforum erfolgen, die für die Besucher des Rathauses aus dem Eingang heraus direkt sichtbar ist. Geplant sind zwei einläufige Treppenanlagen ins 1. OG (siehe gelbe Markierung 1 = Treppe Bürgerforum). Ansonsten bestehen keine Veränderungen des Grundrisses im Erdgeschoss, da dieses denkmalkonstituierend ist. Nur eine brandschutztechnische Ertüchtigung durch Sprinklerung im Ausstellungsbereich und in den Sitzungssälen hat gem. den heutigen Vorgaben zu erfolgen und ist demnach unumgänglich.

Es erfolgt sodann eine Rückfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Konkret wird angefragt, ob demnach weiterhin keine Belichtung durch Tageslicht im Bestandsfoyer erfolgen werde. Beantwortet wird dies dahingehend, dass das Foyer denkmalkonstituierend ist und es keine zusätzliche natürliche Lichtquelle geben wird.
Des Weiteren erfolgt seitens PIRATEN&VOLT die Nachfrage, ob die Oberlichter vom Bürgerdach ins 5. OG begehbar sein werden oder ob es dort keine Oberlichter in der Form geben werde. Seitens agn wird erklärt, dass ein Erhalt oder eine rekonstruktive Erneuerung der oblongen Oberlichter stattfinden wird und dass diese im Bereich des Bürgerdachs zu Revisionszwecken begehbar sein werden.

Leichtmetallfassade (Folien 3.01 bis 3.04):
Dargestellt wird zunächst die Bestandsfassade inklusive einem Schnitt.
Es soll eine bestandsnahe Ertüchtigung der Fassade erfolgen. Jeder zweite Fensterflügel soll dabei öffenbar werden. Das neue Fensterprofil wird von der Außendarstellung her nicht anders vom Betrachter erkennbar sein als bisher. Die Fensterprofile sowie die horizontalen Paneele sind ebenfalls aus Aluminium und besitzen die gleiche Oberfläche wie aus dem Bestand.
Durch die energetische Ertüchtigung wird die Fassade um 8 cm nach außen verschoben. Dies ist der Wärmedämmung geschuldet. Der Sonnenschutz liegt vorgelagert durch textile Rollos (1,2m breit), die elektronisch heruntergefahren werden können.
Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird angefragt, ob die Rollos eine entsprechende Kühlung bringen, vor allem im Hinblick auf die derzeitigen Klimawandlungen. Der Vertreter des generalplanerischen Architekturbüros erwidert, dass diese effektiv als Sonnenschutz eingesetzt werden, aber keinen zusätzlichen Kühlungseffekt erzielen. Durch die textilen Rollos wird die Aufwärmung vermieden. Die künstliche Belüftungsanlage wird nicht ausgeschaltet. Diese Planung erfolgt durch die zuständigen Techniker, deren Planung das Thema Sonnenschutz

und Kühlung beinhaltet. Durch die Vorlagerung der Rollos entsteht eine bessere Luftzirkulation, eine Art Kamineffekt, die zu einer besseren Temperatursituation zwischen den Aluminiumsonnenschutzgittern und dem Gebäude führt.
Die SPD-Fraktion fragt an, ob die Rollos visuell wahrnehmbar sind und das Gesamtbild des Gebäudes stören könnten. Des Weiteren wird nach einer individuellen Steuerung gefragt.
Agn beantwortet dies dahingehen, dass dieses Thema in den nächsten Terminen mit der Projektgruppe detaillierter geplant werden würde.
Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt konkret an, ob das Gebäude mit einer Klimaanlage ausgestattet werde, was vom Generalplaner verneint wird. Es werde öffenbare Fenster geben. Die Mitarbeitenden können diese öffnen, müssen es aber nicht, da eine Umluft weiterhin vorhanden sein wird, welche aber keine Klimaanlage darstellt. Diese seien nur „Energiefresser", weswegen man einen moderaten Weg für die Luftversorgung und einer Wärmerückversorgung gewählt habe, sodass es sich um eine gesunde Mischung zwischen öffenbaren Fenstern und Belüftungsanlage handele.
Die Fraktion PIRATEN&VOLT fragt an, ob hinsichtlich der Kühlung des Gebäudes über eine Begrünung des Rathausdaches nachgedacht wurde, was vom Rathausbeauftragten verneint wird.

Bürgerforum Varianten 4-6(Folien 12.01 bis 12.22):
a) Variante 4:
Hinsichtlich des Bürgerforums ist eine Überdachung des derzeit bestehenden Innenhofs geplant (Folie 12.01: rote Linie=Anhebung). Verdeutlicht wird dies durch die darauffolgend gezeigte Schnittsituation (Folie 12.02): Konstruiert wird ein zweigeschossiger sowie ein eingeschossiger Raum. Geplant ist, dass Besucherinnen und Besucher aus dem Eingang in einen zweigeschossigen Kubus hineinlaufen, der dann mit einem Glasdach bis zum Bestandsgebäude verbunden ist. Die geplante Grundrisszeichnung (Folie 12.03) verdeutlicht den Kubus sowie die angrenzenden Aktionsflächen, welche wiederum an Büroflächen und den Servicebereich grenzen. Die Büros werden durch Schiebetürelemente verschlossen. Sichtbar sind hier auch die zwei neu geplanten Treppenzugänge aus dem Erdgeschoss in das neue Bürgerforum, wo eine Bündelung der bürgernahen Dienstleistungen erfolgt und eine Vermischung der Funktionen vermieden wird (öffentlich/nichtöffentlich). Durch die funktionale Trennung haben die Bürgerinnen und Bürger keinen Zutritt mehr in den nicht öffentlichen Verwaltungsbereich. Ein entsprechender Flächennachweis mit den entsprechenden Funktionsflächen sowie Darstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Bereiche wird auf den Folien 12.04. und 12.05 detailliert dargelegt.
Im Detailschnitt (Folie 12.06 und 12.07) sind die geplante Rasterdecke, das Dach des Quaders und die geplanten Belüftungsschächte aus dem Keller in einem Zwischendeckenbereich aufgezeigt. Die Frischluft strömt über den Fußboden in die Nutzerfläche ein und über die Dachöffnung wird die verbrauchte Luft herausgeführt. Die Planung ist auf eine Belegung von max. 400 Personen ausgelegt. Es folgen für eine bessere visuelle Verdeutlichung einzelne Perspektiven der Planung zum Bürgerforum.

b) Variante 5 „offener Innenhof" als Alternativplanung:
Auf Anregung des Denkmalschutzes wurde eine Alternative geprüft, welche einen offenen Innenhof beinhaltet (Folie 12.13). Das Bürgerforum würde dann in die vorhandenen Nutzungsflächen integriert werden. Eine mögliche Luftverteilung im Bürgerforum stellt sich als nur bedingt lösbar dar (Folien 12.14.-12.17). Zudem besteht keine ausreichende Höhe der Nutzungsflächen. Die Mindestanforderung an die lichte Raumhöhe gem. Arbeitsstättenrichtlinie A1.2 mit einer Raumhöhe von min. 2,75 m wird nicht eingehalten. Aus diesem Grund ist die Variante 5 seitens des generalplanerischen Architekturbüros nicht empfehlenswert.

c) Variante 6 „hypothetische" Variante Forum 2. UG:
genutzt werden könnten die Fläche des Hörsaal sowie des Vorraums dazu. Möglicherweise sind diese Flächen multifunktional nutzbar (Folie 12.18).
Eine Verortung des Bürgerforums in das 2. UG ist nicht realisierbar, da das gesamte Kellergeschoss für die Technik benötigt wird. Die heutigen technischen Anlagen sind größer und besitzen einen größeren Querschnitt als damals. Daher spricht agn die dringende Empfehlung aus, diese Variante nicht weiter zu verfolgen. Die einzige Alternative für eine Umsetzung der Variante 6 wären zusätzliche Technikaufbauten auf dem Dach. Dies ist jedoch keineswegs mit dem Denkmalschutz vereinbar.

Seitens der Architektenkammer RLP wird angefragt, wie die Zugangskontrolle zu den öffentlichen Bereichen geplant sei. Der Rathausbeauftragte erklärt, dass der Zugang dazu nur zu den regulären Öffnungszeiten ermöglicht werde. Agn fügt dem hinzu, dass die derzeitige Treppe bestehen bleibt und eine zusätzliche Erschließung über den Aufzug erfolgt. Die Fraktion der CDU möchte im Zuge dieses Vortrags wissen, weshalb im 5. OG die Archivflächen in Richtung Rhein und nicht in den Innenhof geplant werden. Agn erklärt, dass auf der Rheinseite im 5. OG keine Fenster vorhanden sind, sodass dort keine Büroräumlichkeiten verortet werden können. Die Raumqualität des Casinos (ehemalige Kantine) wird erhalten und bietet den Mitarbeitenden auch einen schönen, indirekten Ausblick auf den Rhein. Die Raumwahrnehmung in den Fluren des Domflügels bleibt erhalten. Es gilt hier das Erhaltungsgebot. Deshalb findet bei allen geplanten Veränderungen auch eine Prüfung von Alternativen statt sowie die dazugehörige Dokumentation.
Nach Hinweis von Herrn Schüler stellt Herr Oberbürgermeister Ebling fest, dass dies der aktuelle Planungsstatus sei, über den noch keine endgültige Verständigung mit der Denkmalpflege bestehe (Abstimmungsmodus). Das Rathaus sei ein Stück gebaute Demokratie. Heute würde man sicherlich nicht mehr nur einen Ratssaal bauen, sondern auch noch anderes, bspw. um die unzähligen Formen von Beteiligungen unterzubringen. Es soll als Ort der Information, Diskussion und Aktion genutzt werden. Wenn ein solcher Raum nicht im Bürgerforum integriert würde, dann wäre dies eine Schwäche der Funktion und die Akzeptanz in der Öffentlichkeit bliebe weiterhin gering.
Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt an, wie sich das Thema Feuchtigkeit im Untergeschoss darstelle und ob dieses Problem bei der Sanierung entsprechend berücksichtigt werde. Der Rathausbeauftragte erklärt, dass die Feuchtigkeit überwiegend durch die Entwässerung des Jockel-Fuchs-Platzes in das Rathausgemäuer entsteht. Die Sanierung des Platzes beginne am 01.07.2020. Das 3. UG werde grundsätzlich für Technik eingeplant. Eine komplette Verdichtung sei nicht notwendig.

2. Natursteinfassade: Vortrag Herr Grund, Techn. Projektleiter der Projektgruppe

Es erfolgt ein Ergebnisbericht über den aktuellen Sachstand sowie eine Darstellung des Ist-Zustands der Bestandsfassade (siehe hierzu Folie 3). Des Weiteren wird das Ergebnis der Bemühungen um den Porsgrunner Marmor dargestellt. Bei der Demontage ist mit ca. 40-65% Ausschluss zu rechnen (Dornausbrechungen, Risse, Abplatzungen, Schüsselung). Eine Sicherung des Steines ist somit unter 50 % liegend. Man müsste über die Hälfte der Steine zusteuern. Des Weiteren besteht die schriftliche Aussage von NORSTONE, dem Betreiber des Steinbruchs in Norwegen, welche zugehörig zur Heidelbergcement Group ist, dass der Stein zum Abbau nicht mehr zur Verfügung steht (siehe hierzu Folie 4). In der Folge erfolgte auch eine Kontaktaufnahme mit der Natursteinfirma Moser & Moser aus Dänemark, welche als Zulieferer und Konstrukteur der Fassade der Nationalbank in Kopenhagen tätig war. Diese bestätigt das Ausscheiden des Porsgrunner Marmors und verwendet zurzeit hauptsächlich zwei Alternativen (siehe hierzu Folie 5): Grigio Bottarga (Marmor) und Ermine V. Marmorsteine sind jedoch als Verblender in Deutschland nicht zulässig. Über den Stein Ermine V konnten bisher noch keine weiteren Erkenntnisse

ergehen. Somit erfolgte die Beauftragung eines Fassadenbauers zur Erstellung alternativer Proben unter Verwendung des Bestandssteins (siehe Folien 6-10), deren Ergebnisse unter Angabe der Ca.-Kosten sowie Vor- und Nachteile vorgestellt und im Original dem Beirat gezeigt werden. Abschließend wird dargelegt, dass die statischen Verankerungspunkte der Primärkonstruktion des Sonnenschutzgitters abgängig sind und die Notmaßnahme zur Demontage der Gitter damit absolut gerechtfertigt ist.
Es folgen einzelne Fragen des Gremiums: Seitens der Fraktion der SPD wird angefragt, ob man die Fassadensteine, da sie ja als Verblender nicht mehr wiederverwendet werden können, eventuell veräußert werden können, beispielsweise an die Nationalbank in Kopenhagen oder andere Einrichtungen, die die Steine in Verwendung haben. Dies wird seitens Herrn Grund grundsätzlich bejaht. Des Weiteren möchte die Fraktion der CDU wissen, ob der Fassadenstein nicht zum Gesamtensemble Brückenturm, Tiefgarage und Rathaus gehöre und man bei der Fassadenplanung dies auch berücksichtigen müsse, was seitens Herrn Graffé bejaht wird und eine Berücksichtigung dieser Umstände von Herrn Oberbürgermeister Ebling nochmals bestätigt wird. Die FDP-Fraktion hinterfragt in diesem Zuge, ob die Fassade der Ensemble-Gebäude ebenfalls abgängig ist. Herr Oberbürgermeister Ebling bejaht dies für den Brückenturm und das Rathaus. Hier liegen auch konkrete Gutachten vor. Die Fassade der Tiefgarage sei jedoch auch abgängig. Hier würden wöchentlich Rundgänge durch die Verantwortlichen getätigt und dadurch eine regelmäßige Überwachung und Prüfung sichergestellt.
Seitens der CDU-Fraktion wird auf die mögliche Keramikvariante der Fassadenverklebung eingegangen und erklärt, dass dies erfahrungsgemäß gut funktioniere. Lediglich die Außentemperaturen, Winde etc. seien nicht messbar und somit dieses Risiko nicht auszuschließen. Herr Grund erwidert, dass bei einer Verklebung der Natursteinfassaden weitaus größere Schäden entstehen als bei Keramikfliesen. Das Kleben würde in diesem Falls genau das Fugenbild der Bestandsfassade einhalten. Dies betreffe auch die Eckdetails.

Herr Schüler weist auch am Ende dieses Vortrages ausdrücklich darauf hin, dass die präsentierten Alternativen zum Porsgrunn-Bestandsstein noch im weiteren Abstimmungsprozess mit der Denkmalpflege stehen.

3. Denkmalgerechte Bergung der Sonnenschutzgitter: Vortrag Herr Lindlar (Büro für Restaurierungsberatung Götz – Lindlar sowie Herr Feldhaus (Restaurierungsatelier „Die Schmiede“ GmbH)

Es folgt eine Darstellung des Vorzustands (Folien 1-5) der West-Fassade, Ost-Fassade, des Innenhofs und der Süd-Fassade sowie der Darstellung der unterschiedlichen Gittertypen inklusive deren Detailzeichnung. Seit Ende November 2019 erfolgt die Aluminiumfassadenbergung, da diese abgängig und nicht verkehrssicher ist. Begonnen wurde an der Ostseite am Rhein, welche bereits komplett demontiert wurde.
Die Demontage (Folien 6-8) erfolgt mittels Bestandskran der Reinigungsgondel auf dem Rathausdach. Der daran befestigte Korb wird für die Demontagearbeiten eingesetzt. Zusätzlich dazu hat das Restaurierungsatelier eine Krankonstruktion gebaut, an welcher die Elemente zum Transport angehängt werden können (Folie 6, Abb. Nr. 17 und Nr. 18). Weitere Kräne sind somit für die Demontage nicht notwendig. Die Installation des Behelf-Transportkrans führt zu einer Kosteneinsparung von ca. 120.000 €.
Es erfolgt eine bildliche Darstellung des Demontagevorgangs eines Sekundärgitters sowie eines Pfostens der Primärkonstruktion (Folien 7 und 8). Die Gitterelemente werden zerstörungsfrei abgebaut. Es erfolgt eine Nummerierung der Bauteile (Kartierungsraster), damit diese nach der Restaurierung wieder ordnungsgemäß eingebaut werden können.
Die demontierten Gitter werden auf Glasböcken, welche auf Paletten als Stellage für die Gitterelemente dienen, verzurrt und mittels LKW auf einen geeigneten Lagerplatz abtransportiert.
Die bereits 2010 im Innenhof des Rathauses demontierten Sonnenschutzgitter müssen dorthin

noch umgelagert werden. Eine Sicherungsmöglichkeit in Form einer Videoüberwachung ist geplant und die Vorbereitungen dazu laufen bereits.
Insgesamt befinden sich die Sonnenschutzgitter in einem sehr guten Zustand. Ausschließlich die Riegel und Pfosten haben Schwachstellen (Folien 11 und 12). Die Kästen sind nicht weiter tragfähig. Die Füße bereits korrodiert. Der Erhaltungszustand der Gitter ist sehr gut. Es handelt sich lediglich um Algenbewuchs und Verschmutzungen auf der eloxierten Oberfläche (Folien 13 und 14).
Im Anschluss an den Vortrag erfolgt eine Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: In der gestrigen Ortsbeiratssitzung Altstadt wurde die Arbeitssicherheit an der Baustelle am Rathaus angesprochen. Dort habe ein Bürger die Arbeitssicherheit moniert. Herr Feldhaus teilt mit, dass die Bau BG zwischenzeitlich da war und dahingehend keine Mängel feststellen konnte. Die Arbeitssicherheit wird vollumfänglich eingehalten.

4. **Denkmalgerechter Ausbau der bauzeitlichen Ausstattung / Musterräume: Vortrag Herr Lindlar (Büro für Restaurierungsberatung Götz – Lindlar)**

Es erfolgt die Darstellung eines Scans der Räume Louisville-, Valencia-Zimmer und Empfangsraum mittels 3D-Kamera über das Programm Matterport (Folie 1, Abb. 1). Geplant ist eine Erprobung von Kennzeichnung, Demontage und Einlagerung der fest verbauten Ausstattungselemente. Exemplarisch soll dies in folgenden Räumlichkeiten erfolgen: Sitzungssaal Louisville 00-93, Fraktionsraum 00-73, Büroräume 20-285 und 20-281b. Es erfolgt dann eine Kartierung jeder einzelnen Wandtafel und aller Objekte (Leuchten, Schalter….) sowie eine systematische Erfassung mit geöffneten und geschlossenen Schränken (Folien 2-11). Die Erprobung dient zur späteren Erstellung von aussagekräftigen Leistungsverzeichnissen (bspw.: Wie kann eine Wand ausgebaut und wieder eingebaut werden?).

Es folgt eine Frage der Architektenkammer Rheinland-Pfalz, ob die Aufnahme mit Matterport dem digitalen Raumbuch gleich zu setzen ist. Seitens der GDKE wird dazu erklärt, dass diese Art der systematischen Erfassung detailliertere Aufnahmen ergebe, vor allem hinsichtlich der Durchführung von Raumvermessungen. Herr Oberbürgermeister Ebling weist auf einen erheblichen Zeitaufwand des inneren Rückbaus hin und teilt mit, dass zur Einlagerung der Elemente zu einem späteren Zeitpunkt ein geeignetes Objekt angemietet werde.
Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgt die Nachfrage, ob bei der geplanten Jockel-Fuchs-Platz-Sanierung, die im Sommer beginne, die Bürger Einfluss auf die Platzgestaltung nehmen können (bspw. Begrünung) und wie die Planung bzgl. Zeitplan aussehe?
Herr Oberbürgermeister Ebling teilt mit, dass bis März 2020 eine Information an die Bürgerinnen und Bürger ergehen soll. Die heute präsentierten Folienvorträge würden kurzfristig auf der Webseite zur Rathaussanierung der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Herr Schüler weist darauf hin, dass dabei die Bereiche Bürgerforum und Fassade „als noch mit der Denkmalpflege abzustimmen" kenntlich gemacht werden müssten. Dies bestätigt Herr Oberbürgermeister Ebling. Der Rathausbeauftragte weist in diesem Zuge nochmals auf die zuerst notwendige und unumgängliche Abdichtung des Jockel-Fuchs-Platzes hin und dass danach erst eine Platzgestaltung in Angriff genommen werden könne.

Herr Oberbürgermeister Ebling schlägt als nächstmöglichen Termin für die 5. Beiratssitzung den 24. März 2020 um 19:00 Uhr vor und bedankt sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die konstruktive Sitzung (Ende 18:50 Uhr).

Anlagen
Mainz, 04.02.2020
i.A.

Appel

Korrekturwünsche/Einsprüche gegen dieses Protokoll:
Sollten dem Verfasser des Protokolls innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Eingang keine Korrekturwünsche oder Einsprüche von den Empfängern mitgeteilt werden, gilt dieses Protokoll als einvernehmlich beschlossen.

II. Herrn Oberbürgermeister Ebling
Zur Kenntnisnahme.

III. Frau Spengler
zur Kenntnisnahme. Vg 101 2 Hr

IV. Gesprächsteilnehmern/Projektgruppenmitglieder
zur Kenntnisnahme.

V. Wvl.: sodann